Nr. 126. Halle a. S., Dienstag den 3. Juni 1902 13. Jahrg.

Erscheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1.80 Mk. pränumer. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1,65 Mk. exkl. Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 Pf. vierteljährlich 30 Pfg.

Telephon Nr. 1047.
Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Redaktion: Geiststr. 21. Hof 7 Tr. — Expedition: Geiststr. 21. Hof part.

Insertionsgebühr beträgt für die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., für Wohnungs-, Arbeits- u. Gewerbeschäfts-Anzeigen 10 Pfg. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.

Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungs-Liste unter Nr. 7803.

Die deutschen Universitäten im Dienste der russischen Reaktion.

Seit einiger Zeit werden die russischen Studierenden an den technischen Hochschulen in Preußen und Baiern kleinlichen und niedrigen Chikanierungen unterworfen: man läßt sie auf Schritt und Tritt fühlen, daß sie am besten thun würden, den deutschen Hochschulen fern zu bleiben, man hat für sie extra den Immatrikulationstermin um 2 Wochen hinausgeschoben, damit die besseren Plätze in den Hörsälen 2c. von den Einheimischen belegt werden können, man läßt sie während der Vorlesung stehen oder auf dem Boden sitzen, man hat vor allem für sie die Bedingungen der Immatrikulation erschwert. Soweit die Oeffentlichkeit von diesen Vorgängen Kenntnis erhalten, führt man sie auf die Antirussenagitation der deutschen Studentenschaft hin. Darum zunächst einige Worte über diese.

Die deutschen Studenten klagen, daß ihre russischen Kommilitonen zeitiger zum Kolleg kommen und, wenn keine Vorkehrungen getroffen werden, die besten Plätze besetzen. Es ist sehr begreiflich, daß die Russen, die einer Vorlesung in fremder Sprache beizuwohnen haben, auf einen günstigen Platz im Auditorium einen besonderen Wert legen. Eine „ausgleichende Gerechtigkeit" ließe sich aber in den überfüllten Auditorien sehr leicht durchführen, wenn die Studenten sich bei den Arbeitern etwas Solidaritätsgefühl und Anstand geholt hätten: man sehe doch mal die „Volksbühne" in Berlin und anderwärts, die weit schwierigere Frage der Verteilung der Sitzplätze im Theater gelöst hat. Unsere Leser erwarten sicher nicht, daß wir weiter auf dieses Schulbubenargument eingehen. Es heißt, der Staat müsse auf die russischen Studenten draufzahlen. Die Herren Bourgeoissöhnchen thäten besser, die Frage der Zahlung nicht erst anzuführen: sie schwören damit den großen Unbekannten, das arbeitende Volk herauf, das vor allem fragen würde, woher es komme, daß die Tempel der Wissenschaft zu Marktplätzen der Diplome geworden sind. Es ist aber nicht wahr, daß die Universitäten an den russischen Studenten ein schlechtes Geschäft machen. Die fixen Ausgaben der Universitäten — Anlagekosten, wissenschaftliche Sammlungen, Professorenfixum — bleiben gleich, unabhängig von der Zahl der Studierenden, die Vermehrung der Betriebsausgaben wird aber reichlich durch die Kollegiengelder und die sonstigen Zahlungen der Studenten gedeckt. Ohne Kollegiengeld müßte man die Professorengehälter ganz anders bemessen. Darum streben denn auch die Hochschulen nicht nach einer Verringerung der Zuhörerzahl, sondern nach einer möglichsten Vermehrung derselben, wobei, freilich, noch — ein Standpunkt, der den Kritikern fremd bleibt — der Ruf der Universität in Betracht kommt.

Man sagt, die Russen, die hier technische Hochschulen absolvieren, machen dann auf deutschen Fabriken den Einheimischen Konkurrenz. Es ist wahr, daß eine Anzahl russischer Techniker im Auslande, wenn auch meistens provisorisch, verbleiben. Allein viel größer ist die Zahl der deutschen Ingenieure, Chemiker 2c., die in Rußland Karriere machen. Deutschland, das seit Jahrhunderten alle Welt mit Gelehrten, Beamten, Fabrikdirektoren, Bonnen und Prinzessinnen versorgt, darf sich am wenigsten darüber beklagen, wenn einige russische Techniker in seinen Fabriken Unterkunft finden. Uebrigens, wie anders denken doch dieselben Konkurrenz-Patrioten, wenn es sich nicht um sie selbst, sondern um die Arbeiter handelt, z. B. um galizische Tagelöhner oder russische Glasarbeiter!

Die Russen — wird weiter geklagt — übertragen die „deutsche" technische Wissenschaft nach ihrer Heimat und gründen dort Konkurrenz-Unternehmungen. Dann bleibe man doch konsequent und verbiete die Ausfuhr von deutschen Büchern und Lehrmitteln! Man verbiete es den deutschen Gelehrten und Technikern, ins Ausland zu ziehen. Man schränke die Lehrfreiheit ein und die Freiheit des Büchermarktes. Es charakterisiert diesen Krämergeist, daß er nicht sieht, wie durch die Aufstellung von nationalen Schranken vor allem die Entwickelung der Wissenschaft in Deutschland selbst gehindert wäre. Aber nicht nur indirekt dadurch, sondern ganz unmittelbar würde die deutsche Industrie durch die Einschränkung des Studiums von Ausländern, und ganz besonders Russen, an den deutschen Hochschulen geschädigt werden: denn diese russischen Techniker mit deutscher Schulung übertragen nach ihrer Heimat nicht nur die deutschen Verfahren, sondern auch die deutschen Bezugsquellen, sie werben Abnehmer für die deutschen Maschinen- und sonstigen Fabriken, sie machen Reklame für die deutsche Technik, folglich für die deutsche Industrie. Ohne die Vertreter und Agenten aus den Reihen der in Deutschland studierten russischen Techniker würde die deutsche Industrie niemals in diesem nach Sprache und Sitten fremden Lande mit seiner auf einem ungeheueren Gebiet zerstreuten Bevölkerung vordringen können. Es ist das wichtigste Gesetz des modernen industriellen Marktes, die fremden Industrien zu fördern. Doch wollen wir diese Kenntnis nicht von den jungen Burschenschaften verlangen, da nicht einmal die „alten Herrn" auf den Ministerbänken sie innehaben.

Die Zahl der Ausländer auf sämtlichen deutschen Hochschulen beträgt nicht einmal 10 Proz., auf den Polytechniken speziell 17 Proz. In der Schweiz beträgt die Zahl der Ausländer an den Hochschulen fast 49 Proz., darunter allein Reichsdeutsche über 15 Proz.! Das wirft ein grelles Licht auf die deutsche Engherzigkeit. In Deutschland selbst zeigen den größten Prozentsatz der Ausländer bezw. Russen die Polytechniken in Darmstadt und Karlsruhe, die aber bis jetzt keine Veranlassung genommen haben, den Zutritt von Russen zu erschweren. Nur die größten Staaten Deutschlands, Preußen und Baiern, zeigen sich außer stande, den paar Hundert russischen Studenten länger Gastfreundschaft zu gewähren.

Allerdings sind die Hochschulen, und ganz besonders die technischen, in Deutschland — wie überall — überfüllt, allein das liegt am allerwenigsten an den Ausländern. Im Wintersemester 1875/76 gab es auf den deutschen Universitäten 16726 Studierende, im Wintersemester 1901/02 dagegen 43899. Ganz besonders bemerkenswert ist die Bewegung der Studentenzahl auf den Polytechniken. Sie betrug 2928 im W.-S. 1869/70, stieg mit dem industriellen Aufschwung bis 5449, sank mit der Handelskrisis bis 2549, stieg mit der Geschäftsbesserung der 80er Jahre bis 4209 im W.-S. 1891/92 und machte eine gewaltige Steigerung während des letzten Aufschwungs durch um im S.-S. 1901/02 die Zahl 14986 zu erreichen. Die Zahl der Studierenden an den technischen Hochschulen Deutschlands ist also im letzten Jahrzehnt auf das Vierfache gestiegen — kein Wunder, daß sich ein Mangel an Plätzen zeigte. Diese kapitalistische Hochschulennot ist also von der gleichen Art wie die Kohlennot, der Wagenmangel und der Arbeitermangel, sie ist ein Zeichen, daß die kapitalistische Produktion über das Maß der verfügbaren Produktivkräfte hinausgegangen war, ein Zeichen der Ueberproduktion. Zweifellos muß mit der Krisis, wie bei der Kohle und bei den Arbeitern, infolge der forcierten Produktion der Polytechniken ein Ueberangebot an Technikern eintreten: da aber indessen die gesamte Industrie auf eine viel breitere Basis gestellt worden war, so bleibt der Mangel an Hochschulen. Hier kann es nur eine Abhilfe geben: Erweitert die Räume der Hochschulen, und zwar so, daß es auch für spätere Perioden des Aufschwungs reicht, — dann aber werden euch auch die russischen Zuhörer nur höchst willkommen sein!

So einsichtslos sind nun aber die deutschen Universitätsbehörden denn doch nicht, um nicht zu wissen, daß mit der Zurückweisung der Russen die Ueberfüllung der Hörsäle noch nicht aufhört. Die Sache hat eine politische Unterlage. Die Sache ging vom preußischen Kultusminister aus, der schon 1900 verfügt hatte, daß für die Aufnahme am Charlottenburger Polytechnikum ein russisches Reifezeugnis nicht mehr genügen, sondern die Ablegung eines „russischen Konkursexamens" verlangt werden soll. Nicht etwa, daß die Russen in Charlottenburg einem Konkursexamen unterworfen werden; nein, die Konkursprüfung muß an einem russischen Polytechnikum abgelegt werden. Diese Bestimmung ist dann auf andere preußische Polytechniken ausgedehnt und von Baiern übernommen worden. Was sind nun aber diese russischen Konkursprüfungen? Anfangs ein Mittel zur Auslese der Tüchtigsten sind sie längst nichts anderes als eine Handhabe, um Juden und alle „politisch Unzuverlässigen" von der Hochschule abzuhalten. Wer halbwegs politisch verdächtig erscheint, wird ohne weiteres zur Prüfung nicht zugelassen. Die russische Regierung erhält also durch diese neuen Aufnahmebestimmungen in Preußen und Baiern die Möglichkeit, allen, denen sie den Zutritt zu den russischen Polytechniken verwehrt, die Möglichkeit eines technischen Studiums in den genannten Ländern abzuschneiden. Das ist es, was die russische Regierung nur noch brauchte; die Aerzte werden auch jetzt schon in Rußland einer Kontrollprüfung unterworfen, die Regierung behält es also in der Hand, ihnen die Praxis zu verwehren, bei den Technikern aber, die in Privatdienste traten, konnte sie, obwohl es an einschränkenden Maßregeln nicht fehlt, wenig reussieren — jetzt hindert sie ihnen einfach das ausländische technische Studium. Sie erreicht durch Vermittlung des preußischen und bairischen Kultusministeriums billig und einfach, was sie durch Polizei, Paßzwang 2c. nicht hat erreichen können. Daß man sich aber, im preußischen Ministerium wenigstens, sehr wohl bewußt ist, um was es sich handelt, beweist folgende Auslassung: „Für deutsche Staatsangehörige jedoch, die in Rußland erzogen sind und dort ihre Vorbildung erhalten haben, gilt die zweite Forderung nicht, sondern sie haben nu-

---

541 (Nachdr. verb.)

Um die Freiheit.

Geschichtlicher Roman aus dem Deutschen Bauernkrieg 1525
von Robert Schweichel.

Dann kam die Nachricht, daß zu Mergentheim die Bürgerschaft unter Fritz Büttner sich erhoben hätte und den Hochmeister des Deutschen Ordens in seinem Schlosse belagere, daß das Schloß trotz seiner Festigkeit nicht zu halten sei, wenn Rothenburg nicht Hilfe schicke.

Erasmus von Muslor reichte das Schreiben mit einem bitteren Lachen dem zweiten Bürgermeister. Hilfe! Woher sollte er Hilfe nehmen? Und während sie noch berieten — es dunkelte schon —, traf ein Bote des Schultheißen von Endlee ein. Er sandte einen ausführlichen Bericht über das Bauernlager zu Reichardtsrode ein. So genau zeigte er sich über die dortigen Vorgänge unterrichtet, daß die Vermutung nahe lag, er habe seine Spione unter den Bauern. Eben seien ihnen, so schrieb er, die Hintersassen der Junker von Rosenberg und Finsterlohr mit fliegenden Fahnen zugezogen, so daß sie schlecht gezählt 4000 Mann stark seien. Bauern, die sich weigerten, zu ihnen zu treten, zwängen sie dazu, indem sie ihre Häuser plünderten und den Pfarrern die Weinfuhren abfingen. Auch das feste Haus des Ritters Kaspar von Stein hätten sie rein ausgeplündert. Beutemeister, die sie eingesetzt, nähmen aber alle Beute an sich und verkauften sie, und der Erlös käme in eine Kriegskasse, daraus sie Wirte, Boten, Lebensmittel und alle Bedürfnisse zahlten. An Leib und Leben sei bisher niemand von ihnen geschädigt worden. In einer kurzen Nachschrift bemerkte der Schultheiß Wernizer, daß, wie er eben erfahre, die aus Rothenburg flüchtige Käthe Neusser sich zu Ohrenbach im Hause ihres Bruders aufhalte.

„Wenn er das weiß,. warum nimmt er sie nicht gefänglich an?" rief Konrad Eberhard. „Von dem Verbrechen abgesehen, das die Dirne begangen hat, war sie uns eine Geißel für das Wohlverhalten ihres Bruders. Wir müssen daher trachten, sie wieder in unsere Gewalt zu bekommen."

„Um dadurch die Bauern noch mehr wider uns aufzureizen. Der Wernizer würde in ein Wespennest greifen, fürcht' ich. Morgen ist auch noch ein Tag, lautet das Sprichwort: sorgen wir nur, daß wir heut' den Kopf oben behalten." So entgegnete Erasmus von Muslor.

Der folgende Tag brachte neuen Sturm. Von ihm ergriffen, kam am Morgen Ehrenfried Kumpf mit einigen Freunden in die Pfarrkirche von St. Jakob, stieß den Priester vom Pulte hinweg, warf das Meßbuch auf den Boden und jagte die Chorknaben aus der Kirche. Er, der stets vor Gewaltthätigkeiten gewarnt hatte, war um des Glaubens willen selbst gewaltthätig geworden, vielleicht ohne sich dessen vollkommen bewußt zu sein. Andächtig lauschte er der Orgel, die von dem hohen Chor das protestantische Kampflied durch die Wölbungen brausen ließ:

„Ein' feste Burg ist unser Gott."

Auf katholische Weise wurde derselbe fortan nicht mehr in St. Jakob verehrt, und einige Tage später ward die Marien-Kapelle auf dem Judenkirchhof dem Boden gleich gemacht.

Die Frommen, die in der Kirche anwesend waren, und seine Freunde gaben Herrn Ehrenfried das Geleit zum Rathause. Von dem Inneren Rate ward er mit manch grimmigen Blicke empfangen. Sie prallten von ihm ab, so siegesfroh und mit jugendlich strahlenden Augen schaute er sich um. Selbst Konrad Eberhardt fühlte sich nicht geneigt, ihn anzugreifen, zumal man den Abgesandten der Bauern zu Gebattel erwartete. Ihr Führer, Leonhard Metzler, selbst überbrachte im Vertrauen auf das freie Geleit die Beschwerden der Bauern, und Stephan von Menzingen trat damit als Obmann des Ausschusses vor den Rat. Das Siegel der Schrift wies eine Pflugschar, über der sich Dreschflegel und Mistgabel kreuzten, darunter einen Bundschuh mit der Jahreszahl 1525. Ritter Stephan von Menzingen ließ seine großen schweren Augen über die Ratsmitglieder hinrollen und verlas selbst die Beschwerdeschrift. Darin hieß es, Beschwernisse, die wider Gott und sein Wort und die Nächstenliebe seien, haben sie, die Bauern, als Brüder vereinigt. Sie seien beladen mit Hauptrecht und Handlohn, mit Steuern und neuerdings mit Klauengeld und anderem; sei es doch ein jämmerlich Ding, daß keiner in der ganzen Landwehr eine eigene Kuh haben solle. Und nachdem sie doch alle an einen ewigen, wahren, einigen Gott glauben, mit einer Taufe getauft seien und ein einiges ewiges zukünftiges Leben hoffen, habe der Teufel durch seine tausendfältige List einen großen Greuel in die Christenheit eingeführt, also daß einer des anderen eigen sein solle. Seien doch alle ein Körper, eine geistliche Gemeinde, deren Haupt Christus der Erlöser sei.

Nicht minder beschwert seien sie durch den großen und kleinen Zehnten, und doch seien gar viele Pfarrherren von ihren Pfründen abwesend und thun gar nichts, als daß sie ihre Kapläne verursachen, das Volk täglich zu schinden und zu schaben mit ihren Lügen und ihrem Menschentod. Die, welche bei ihm die Mühe tragen, wollen sie belohnen; wer aber nicht arbeite, solle auch nicht genießen. Weitere und kleinere Beschwerden, wie unbillige Zölle, wollten sie sich vorbehalten.

„Ehrbare und günstige Herren," sprach darauf Stephan von Menzingen das Schriftstück auf den Ratstisch niederlegend, „Ihr habt vernommen, wessen sich die armen Leute beschwert fühlen, und zwar, wie ich hinzufügen muß, leider mit vollwichtigem Rechte. Der Ausschuß lebet der Hoffnung, daß Ihr ein Einsehen haben werdet und er hat mich beauftragt, Euch in Anbetracht der schweren Zeitläufte seine Vermittelung anzubieten, daß es zu einem friedlichen Vergleich komme. Unsere Brüder, denn als solche betrachten wir die uns durch den evangelischen Glauben verknüpften Bauern, haben unsere Vermittelung angenommen."

Eine Totenstille folgte diesen Worten. Währenddessen griff der Ratsherr Leonhard Denner nach dem Schriftstücke; sodann er aber einen Blick hineingethan, warf er es wieder hin, als ob er in Nesseln gegriffen hätte. Er kannte die Handschrift nur zu gut: es war die seines Sohnes Leonhard, des Pfarrverwesers in Leuzenbronn. Nun erhob sich der Bürgermeister Erasmus von Muslor mit Würde und sprach dem Ausschusse den Dank für die angebotene Vermittelung aus. Es sei der Rat jedoch des Meinens, daß er derselben nicht bedürfen werde, um sich mit seinen Unterthanen in Güte zu verständigen. Die Zornader auf der spitz zulaufenden Stirn des Ritters schwoll dick an. Herr Erasmus hatte dessen jedoch nicht acht, sondern wandte sich zu Leonhard Metzler. Der Rat wolle der Empörung der Bauern und ihres Meineids nicht im Argen gedenken, wenn sie ruhig nach Hause zögen, sagte er. Er werde ihre Beschwerden überlegen und mit ihnen gütlich rechten vor kaiserlichem Regiment und Reichskammergericht.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020603-15/fragment/page=0001

ein russisches Reifezeugnis beibringen." Wenn aber ein russisches Reifezeugnis bei den geborenen Deutschen eine genügende wissenschaftliche Vorbildung beweist, so auch bei den geborenen Russen. Warum dann für russische „Unterthanen" die Ausnahme? Oder meint der preußische Kultusminister mit Dogberry, „lesen und schreiben zu können, kömmt von der Natur?" Der Beweis ist erbracht, daß deutsche Universitätsbehörden in die Dienste der russischen Reaktion getreten sind!

Tagesgeschichte.

Halle, 2. Juni.

Der Reichstag

wird morgen seine Beratungen wieder aufnehmen. Zur Verhandlung wird das Branntweinsteuergesetz kommen. Die große Hitze wird wohl dafür sorgen, daß der Sitzungssaal nicht allzu überfüllt sein wird.

Friede in Südafrika?

In London gilt es als sicher, daß heute nachmittag der Abschluß des Präliminarfriedens im englischen Unterhause angekündigt wird.

Bewahrheitet sich die Nachricht, so kann konstatiert werden, daß die Lage in Südafrika trotz dreijähriger ungeheurer Anstrengung Englands dieselbe wie früher ist. Die englische Rasse triumphiert nicht über die holländische, die Gegensätze bleiben fortbestehen. England hat sich im Hinblick auf die bevorstehende Krönung Eduards zu Zugeständnissen an die Buren entschlossen. Es ist noch nichts Genaues bekannt, unter welchen Bedingungen die Buren auf die Friedensvorschläge eingegangen sind. So viel steht aber fest, werden die Krönungsfeierlichkeiten in London vorüber sein, so wird sich auch die Situation in Südafrika wieder ernster gestalten. England wird die den Buren gemachten Zugeständnisse illusorisch zu machen suchen, und die Buren werden in neuen Kämpfen gegen die Engländer ihre Unabhängigkeit zu verteidigen haben. Der englische Imperialismus wird sich niemals dazu verstehen, in Südafrika dem holländische Element die Vorherrschaft einzuräumen. Der jetzt abgeschlossene Friede wird ein Scheinfriede werden.

Polen — Hasen und Kaninchen.

Graf Bülow hat wieder einmal in seiner bilderreichen Redeweise die politische Lage geschildert und die höchste staatsmännische Weisheit verzapft. Wie schon mitgeteilt, hat ein Redakteur des Figaro den Grafen Bülow interviewt und die brillante Feuilleton-Diplomatie des deutschen Reichskanzlers aufnehmen dürfen. Bei dieser Gelegenheit schilderte derselbe bekanntlich die politische Lage im rosigsten Lichte. Auch die Aussichten auf Handelsverträge scheinen dem Reichskanzler für äußerst günstig. Im weiteren Verlaufe der Unterredung kam Graf Bülow auch auf die preußische Polenpolitik zu sprechen. Mit der ihm eigenen Grazie wies Graf Bülow auf den Park seines Palais hinaus und sagte: Sehen Sie hinaus in diesen Park. Ließe ich da zehn Hasen und fünf Kaninchen, so würden sehr bald fünfzehn Hasen und hundert Kaninchen vorhanden sein. Gegen eine solche Naturerscheinung wollen wir in den polnischen Landesteilen unsere nationale Einheit und die Integrität unseres Territoriums verteidigen."

Dieser geistreiche Vergleich ist weder treffend noch geschmackvoll; es liegt auch ein Eingeständnis der Schwäche der deutschen Polenpolitik darin. Die Polen selbst werden aber durch den Vergleich des Reichskanzlers nicht sonderlich erbaut sein.

Die witzigen und geistsprühenden Ausführungen Bülows wurden zuerst in Berlin, als eine Zeitung aus dem Pariser Figaro mitteilte, nicht geglaubt. Erst als das Wolffsche Bureau den Wortlaut des Interviews brachte, mußte man die Richtigkeit der Worte Bülows annehmen.

Bülows Kaninchenpolitik in der Praxis.

Wie polnische Blätter mitteilen, wird vom 1. Juni ab der polnische Gesang, den die Bergleute vor Beginn jeder Schicht anstimmten, in den Bergwerken Oberschlesiens aufhören. Von diesem Termine ab ist der polnische religiöse Gesang nebst den polnischen Gebeten in den Bergwerken verboten.

Ueber Tote soll man nur Gutes reden!

Dies alte Wort scheint der Stadtverordnetenvorsteher von Berlin nicht zu kennen. In dem bekannten Prozesse des Stadtverordneten Jakobi wurde Herr Langerhans vom Richter gefragt, ob ihm Stadtverordnete bekannt seien, welche von selbstsüchtigen Motiven bei der Ausübung ihres kommunalen Amtes sich leiten ließen. Herr Langerhans antwortet als Zeuge mit „Ja". — In der letzten Sitzung der Berliner Stadtverordneten wurde Herr Langerhans gefragt, ob er bei dieser Aussage im Kollegium sitzende Stadtverordnete gemeint habe. Dr. Langerhans erklärte nun, daß er dabei an verstorbene Stadtverordnete gedacht habe.

Bei verschiedenen Stadtverordneten soll nach diesen Worten ein erleichtertes Aufatmen bemerkt worden sein.

Der bekannte Uebereifer der Polizei

wurde in Frankfurt von neuem konstatiert und zwar bei den Prozessen, in denen die Arbeitslosen-Demonstrationen vom Januar dieses Jahres abgeurteilt wurden. Wie immer stellten sich die „Ausschreitungen der Arbeiter", über die die Spießerpresse so gern zetert, als äußerst harmlos nur als Folge polizeilicher Provokation heraus. So richtete sich in dem einen Frankfurter Prozesse die Anklage gegen den Schreiner, Genossen Ernst Jordan, dem bei den Krawallen von der Polizei übel mitgespielt worden ist. Ich ging, so erzählte er vor Gericht, am 13. Januar mit 2 Kollegen etwa um ¼ nach 4 Uhr vom Gewerkschaftshaus durch die Batton- und Schnurgasse über die Trierische Gasse, um nach Arbeit zu fragen. Da kamen in der Richtung Hasengasse-Trierische Gasse zwei Schutzleute mit einem gefesselten Arrestanten daher. Wir blieben ein bis zwei Minuten stehen. Da uns das Verhalten der Schutzleute etwas zu energisch vorkam, sagte ich zu den Umstehenden: „Bravo, die Polizei"! Sogleich kamen 2 Schutzleute rissen mir den Kragen vom Halse und verhafteten mich. Auf dem Revier wurde ich Stromer, „Lump" 2c. tituliert und als ich mir das verbat, erhielt ich verschiedene Schläge ins Gesicht. Eine Beschwerde wegen dieser Behandlung wurde vom Polizeipräsidenten als unbegründet zurückgewiesen. Durch sein Verhalten sollte Jordan die Polizei beleidigt und Widerstand gegen die Staatsgewalt verübt haben. Der als Zeuge auftretende Schutzmann beschwor, Jordan habe die Polizei als Lumpen bezeichnet, obwohl mehrere andere Zeugen unter Eid erklärten, nichts derartiges gehört zu haben. Der Staatsanwalt ließ selbst die Anklage wegen Beleidigung fallen; dagegen erachtete er den Widerstand gegen die Staatsgewalt als erwiesen und beantragte dafür 20 Mk. Geldstrafe. Das Gericht erkannte auf Freisprechung, da auch von Widerstand in diesem Fall keine Rede sein könne. Der Schutzmann habe sich nicht in rechtmäßiger Ausübung seines Amtes befunden. — Die zweite Anklage richtete sich gegen einen Arbeiter Gottlieb Klause, der am 19. Januar nachmittags am Römerberg zufällig (!d) in den Tumult hineingeraten war, als die polizeilichen Operationen gegen die dort versammelten 600 Arbeitslosen begannen. K. gehörte gar nicht zu den Arbeitslosen, wollte weder demonstrieren, noch mitmarschieren, hatte möglicherweise auch die Aufforderung zum Auseinandergehen der Menge gar nicht gehört; er konnte aber nicht weiter gehen, da er in dem Augenblick, wo er es versuchte, von den Polizisten gepackt und in derselben liebenswürdigen Weise wie Jordan nach dem Polizeipräsidium geschleppt wurde. Das Gericht erkannte auch gegen K. wegen Beweismangels auf Freisprechung. So schrumpft nachträglich die große polizeiliche Staatsaktion zusammen! —

Anarchistisches. Der zu Pfingsten in Mannheim abgehaltene Anarchistenkongreß war von 40 Delegierten aus allen Teilen Deutschlands besucht. Nach dem Geschäftsbericht macht die anarchistische Bewegung allgemein nur langsame Fortschritte. Der Föderation revolutionärer Arbeiter Deutschlands sind 1901 nur 600 Arbeiter beigetreten. Es gelangte eine Resolution zur Annahme betreffend die Organisationen. Der nächste Anarchisten-Kongreß soll Anfang 1903, trotz des früheren Verbots, in Berlin abgehalten werden. Die Verhandlungen des Kongresses wurden von einem Polizeikommissar und einem Wachtmeister überwacht, aber nicht unterbrochen. Es wird beabsichtigt, eine eigene Druckerei für die anarchistische Litteratur zu begründen. Konstatiert wurde, daß die anarchistische Presse in Württemberg, Hessen und im Kohlenrevier guten Eingang finde.

Aus der Haft entlassen wurde gegen Kaution der Chefredakteur des Leipziger General-Anzeigers, Pleißner, der bekanntlich wegen Majestätsbeleidigung in Untersuchung genommen worden war.

Ausland.

Rußland. Wieder eine Verzweiflungsthat gegen die Knutenherrschaft? Die Post meldet aus Warschau: Wie aus Kiew depeschiert wird, stürzte sich der 19jährige Tischlergeselle Zschepaga im Garten der Kaufmannsgesellschaft auf den Generalleutnant Weiß, warf ihn zu Boden und versetzte ihm mehrere Messerstiche. Zschepaga wurde verhaftet.

— Die Polizeibrutalität wird verstärkt, das ist alles, war die Regierung aus den Ereignissen der letzten Monate gelernt hat. Aus Paris wird nämlich der Voss. Ztg. gemeldet: Ein Vertreter des Matin hatte eine Unterredung mit Minister Plehwe, der ihm u. a. sagte: „Die Stärke der Umsturzpartei liegt einzig in der Schwäche der Polizei (!) In zwei Monaten wird die Polizei stark sein." Für die Zukunft stellte er Steuerverleichterungen für die Bauern, namentlich die Abschaffung der Gemeindebürgschaft für die Steuern aller einzelnen Gemeindemitglieder, in Aussicht. Dagegen erklärte er, daß die Prügelstrafe zur Zeit noch nicht entbehrt werden kann.

Minister Plehwe mit seiner starken Polizei wird den Siegeslauf der Freiheit in Rußland nicht aufhalten können. Er kann ihren Weg wohl mit Blut besprengen; sein Name wird dadurch aber mit ewiger Schmach bedeckt werden.

— Ueber neue Unruhen von ernstem Umfange wird amtlich aus Petersburg vom Sonntag berichtet: Die Hälfte der Stadt Saratow, wo meist Holzhäuser stehen, seien vernichtet, 18 000 Bauern der Umgegend zögen lärmend durch die Stadt, zerstörten und plünderten, was ihnen in den Weg komme. Der Gouverneur von Saratow, Engelhardt, hatte vollkommen den Kopf verloren und sich unsichtbar gemacht. Die Behörden, wie das Militär, das nur aus 200 Mann bestand, waren vollkommen machtlos der großen Uebermacht gegenüber. Der Minister des Innern von Plehwe wurde nach dem Eintreffen der Nachricht sofort zum Zaren nach Zarskoje Selo berufen, woselbst er von 4 Uhr nachmittags bis abends 10 Uhr mit dem Zaren konferierte. Auch aus dem Gouvernement Kursk sind die trostlosesten Nachrichten eingelaufen; dort wie im Gouvernement Nowgorod herrschen Unruhen, infolgedessen die geplanten großen Manöver in Kursk ausfallen werden.

Afrika. Eine Strafexpedition in Algerien hat wieder einmal einer Wolffschen Meldung zufolge die französische „Zivilisation" über die Araber siegen lassen. Ein Leutenant der Garnison In-Salah, welcher mit eingeborenen Truppen von einem Strafzuge gegen die Tuareks in der Gegend von Ideleß zurückkehrte, wurde von einem Trupp von 300 auf Kamelen reitenden Tuareks angegriffen. Die Tuareks wurden geschlagen und ließen 71 Tote auf dem Schlachtfelde zurück. Von der französischen Abteilung wurden drei eingeborene Soldaten getötet; unter den zehn Verwundeten befindet sich der Leutenant, welcher leicht an der Schulter verletzt ist.

Australien. Ein Antitrustgesetz. Der Londoner Korrespondent schreibt: Dank den Bemühungen der Arbeitervertreter legte die Regierung dem australischen Bundesparlament soeben eine Bill (Gesetzentwurf) vor, die gegen die Bildung von Trusts gerichtet ist. Die Bill ist deshalb beachtenswert, da das ihr zu Grunde liegende Prinzip noch in keinem der zahlreichen amerikanischen Antitrustgesetze einverleibt worden ist. Während diese im kleinbürgerlichen Sinne abgefaßt sind und die Konzentration des Kapitals verhindern wollen, bestimmt die australische Bill, daß in vertrusteten Industriezweigen der Schutzzoll zu beseitigen sei, um auf diese Weise wiederum den Wettbewerb zu erleichtern. Auf Grund dieser Bill ist der Generalgouverneur verpflichtet, sobald ihm eine Trustbildung gemeldet wird, eine Untersuchung anzuordnen, ob der Trust eine Erhöhung der Warenpreise zur Folge hatte. Ist dies der Fall, so soll das Parlament davon in Kenntnis gesetzt werden und die Beseitigung des Schutzzolles beschließen.

Parteinachrichten.

— **Zum Parteisekretär für Württemberg** wurde der seitherige Vorsitzende des Landesvorstandes, Genosse Otto Wasner, durch den Landesvorstand und Ausschuß einstimmig gewählt. Er hat seine Stellung als Vorsitzender des Deutschen Handschuhmacher-Verbandes bereits gekündigt.

— **Totenliste der Partei.** In Solingen starb nach längerer Krankheit der Parteigenosse Hermann Lohmann im Alter von 45 Jahren. Der Verstorbene war Buchdrucker und als Faktor der Genossenschaftsdruckerei thätig. Die Arbeiterstimme rühmt ihn als tüchtigen Menschen und hebt hauptsächlich seine Bethätigung als Dichter von Arbeiterliedern hervor.

— Die Düsseldorfer Volks-Ztg. widmet dem dort verstorbenen Tischler Karl Schäfer einen ehrenden Nachruf. Schäfer war früher Mitglied der dortigen Preßkommission: seine übergroße Armut hinderte ihn in der letzten Zeit an regerer Parteithätigkeit, während er früher sehr eifrig thätig war.

Gewerkschaftliches.

Maurer. In Königsberg i. Pr. dauert der Streik der Maurer fort.

Bauarbeiter! In Neumünster haben die Bauarbeiter beschlossen, in den Ausstand zu treten.

Stukkateure! Die Stukkateure der Firma Schreiber in Plauen i. V. sind in eine Lohnbewegung getreten.

Der Streik der Straßenbahner in Stuttgart dauert fort. Der Betrieb der Straßenbahnen mußte eingestellt werden.

Ausland.

Frankreich. Reform der Bergarbeiterorganisation. 40 Grubenarbeiter im Loire-Becken beschlossen in St. Etienne, die Organisation der französischen Bergleute vollständig umzuändern, um in ganz Frankreich eine einheitliche Organisation zu schaffen. Ferner soll demnächst ein Kongreß folgende Fragen beraten: Allgemeiner Ausstand, Achtstundentag Alterspräminen von 2 Frcs. täglich, Minimallohn usw.

Verbandstag der Konsumvereine Thüringens.

i. Hohenmölsen, 1. Juni.

Gestern und heute tagte im hiesigen Schützenhause der 26. Verbandstag der Konsum- und Erwerbsgenossenschaften Thüringens. Dem Verbande gehören 139 Genossenschaften an, von denen auf die Regierungsbezirke Merseburg und Erfurt 36 entfallen, 10 auf Weimar, 34 auf Meiningen, 10 auf Altenburg, 18 auf Koburg-Gotha, 7 auf Schwarzburg-Sondershausen, 18 auf Schwarzburg-Rudolstadt, 5 auf Reuß jüngere und 1 auf Reuß ältere Linie. Vertreten davon waren auf dem Verbandstage 88 Vereine mit 210 Delegierten.

Nach Begrüßung der Gäste durch den Verbandsdirektor Nier-Erfurt und den Genossen Heinold als Geschäftsführer des hiesigen Konsumvereins wurde zum Vorsitzenden gewählt der Revisor Hebestreit-Zeitz, zum Stellvertreter Genosse Drähne von hier und zum Schriftführer Genosse Schmidt von hier.

Die Vereinsberichte gaben Anlaß, über rechtliche Fragen sich auszusprechen. Herr Nier forderte zur Vorsicht bei Einstellung von Lagerhaltern auf und befürwortete hohe Kautionen derselben. In Naumburg ist dem Verein die Erteilung der Erlaubnis zum Kleinhandel mit Branntwein versagt, aber dem Lagerhalter auf seine Person genehmigt worden. — Der Uebergang zur Eigenproduktion wurde namentlich betreffs der Bäckereien befürwortet, wie denn schon 27 der zum Verbande gehörigen Vereine eigene Bäckereien besitzen, von denen die in Gotha 162 000 Mk., die in Meuselwitz 140 000 Mk., die in Ilmenau 117 000 Mk., die in Lauscha 103 000 Mk. Umsatz erzielten. — Weiter wurde empfohlen, für kräftige Stärkung der Reservefonds zu sorgen; mit dem Kreditgewähren an Mitglieder zu brechen, wo dieser statutenwidrige Zustand noch herrsche, und die Angestellten auf den Anschluß an die Hilfs- und Ruhegehaltskasse deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften hinzuweisen.

Eine längere Debatte entwickelte sich betreffs Schließung der Verkaufslokale am 1. Mai. Der Verbandsdirektor Nier warnte sehr energisch davor, „politische Strömungen" im Genossenschaftswesen aufkommen zu lassen und versteig sich sogar zu der Drohung, er selbst würde solche Vereine bei der Regierung denunzieren. (Herr Nier wird gut thun, wenn er sich klar wird darüber, was „politische Stimmungen" sind. Wenn die Verwaltungen der Konsumvereine ihre Lokale am 1. Mai schließen, so geht das nur die Mitglieder der betreffenden Vereine etwas an; Herr Nier hat da kein Wort dreinzureden und mag seinen denunziatorischen Eifer für bessere Gelegenheiten aufsparen. Die Feier des 1. Mai ist eine wirtschaftliche Demonstration, keine parteipolitische im engeren Sinne. Sie hängt innig zusammen mit der „Idee des Genossenschaftswesens," der Herr Nier nach seiner Weise das Wort redet. Wie der Konsumverein nur den Arbeiter vor Ausbeutung durch den Handel schützen soll, so soll die Maifeier dasselbe thun auf dem Gebiete der Produktion. Ist die Maifeier „politisch", dann ist es auch die „Idee des Genossenschaftswesens." Also nur immer recht klar und recht konsequent sein, Herr Nier, ehe man seine denunziatorischen Talente bewährt. Die Redaktion.)

Im Bericht der Revisoren wurde hervorgehoben, daß einzelne Verwaltungen die Vornahme von Revisionen noch als lästig empfinden. — Dem Vorstande wurde auf Antrag Schumann-Leuchern Entlastung ausgesprochen.

Von den Anträgen wurde der erste von Gera gestellte, mit 44 gegen 23 Stimmen abgelehnt. Er verlangte, daß der Verbandsvorstand aus dem Vorsitzenden, dem Stellvertreter und einem Beisitzer bestehen soll. Daß die Entscheidung über die Aufnahme eines Vereins in den Verband nicht vom Vorsitzenden allein sondern vom Vorstand in kollegialer Zusammensetzung zu fällen ist. Der Antrag wurde von Bimberg-Gera damit begründet, daß neuerdings einzelnen Vereinen die Aufnahme in den Verband willkürlich versagt worden sei. Obwohl Heinold-Hohenmölsen und Zink-Debschwitz für Annahme des Antrages eintraten und die Stimmung demselben günstig war, erregte es die lebhafte Opposition der Herren Nier und Oppermann-Magdeburg — letzterer war in Vertretung des Verbandsanwalts Crüger-Berlin anwesend — daß der Antrag fiel.

Merkwürdigerweise wurde dann dem zweiten Antrage Gera mit 45 gegen 23 Stimmen zugestimmt. Der Antrag enthält ein ziemlich unverschleiertes Tadels- und Mißtrauensvotum gegen den Verbandsanwalt Dr. Crüger. Der Antrag will nämlich dem Verbandsgötzen Crüger das Recht aus den Fingern rücken, allein über Aufnahme oder Nichtaufnahme eines Vereins in den Allgemein-Verband zu entscheiden. Die Entscheidung soll vielmehr durch den Gesamtausschuß bezw. durch dessen Verbandsdirektor erfolgen, und bei Ablehnung der Aufnahme soll die Berufung an den Genossenschaftstag zulässig sein. — Was dem kleinen Nier gegenüber abgelehnt wurde, das wurde dem größeren Krüger gegenüber als Recht anerkannt und Bimberg-Gera beauftragt, den Antrag auf dem Genossenschaftstage in Kreuznach zu vertreten.

Bei der Wahl des Verbands-Vorstandes werden wiedergewählt: Nier-Erfurt, Hebestreit-Zeitz und Köller-Neustadt. Herr Hebestreit hatte im Verlaufe der Verhandlungen mehrfach einen so engherzigen Standpunkt eingenommen, daß er seine spätere Wiederwahl unmöglich machen wird, wenn er nicht fähig ist, Wesen und Ziele der Genossenschaftsbewegung vom höheren Standpunkte aus aufzufassen. Dasselbe kann sich Herr Nier gesagt sein lassen, dessen Stellung zur Maifrage schon diesmal leicht dazu geführt hätte, einen Gegenkandidaten aufzustellen. In Zukunft wird das geschehen. — Die Beiträge wurden in bisheriger Höhe belassen. — Für den Genossenschaftstag in Kreuznach wurden 100 M. Beihilfe ausgeworfen und acht Delegierte für den Besuch des Genossenschaftstages ausgelost, darunter ein Vertreter für Stredau.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020603-15/fragment/page=0002

Der nächste Verbandstag soll in Eisenberg abgehalten werden, wie mit 31 Stimmen beschlossen wurde. Auf Meuselwitz entfielen 29 Stimmen.

Von Wichtigkeit war der mit großer Mehrheit angenommene Antrag, nicht mehr als zehn Prozent Dividende zu verteilen, obwohl Herr Oppermann dagegen sprach, weil die Anahme des Antrags nichts nützen werde.

Nach Schluß der Verhandlungen, der heute nachmittag 2 Uhr erfolgte, vereinigte ein Mittagsmahl noch die große Mehrheit der Delegierten und Gäste. Von den ausgebrachten Toasten verdient der des Herrn Nier Erwähnung, welcher scharf dafür eintrat, an der „Idee des Genossenschaftswesens" treu festzuhalten und nicht etwa die Waren zu billigerem Preise, als dem ortsüblichen anderer Mitglieder abzugeben. (Also auch Herr Nier hat sein „gesundes Prinzip". Die Red.)

Der hiesige Bürgermeister Rose hatte es brieflich abgelehnt, den Verhandlungen des Verbandstages beizuwohnen, dagegen hatte er die Hoffnung ausgesprochen, die Gäste möchten sich „in unserer Stadt recht wohl fühlen". — Herr Rose hätte schon ruhig kommen können. Er hätte seiner Würde dadurch nichts vergeben und seine Hof- und Regierungsfähigkeit wäre nicht vermindert worden. Die Diplomatie im Westentaschenformat, die für Herrn Rose als Bürgermeister eines kleinen Landstädtchens bei der Ablehnung maßgebend gewesen sein mag, war wirklich überflüssig.

Daß auch im Genossenschaftswesen eine neue Richtung aufkommt und daß diese über kurz oder lang entweder die herrschende werden wird, oder daß es zu einer Spaltung kommen muß, dieser Wahrnehmung kann sich niemand mehr verschließen. Aus den Ruinen der alten dividendenjagenden Scheingenossenschaften wird sich das frische Leben der sozial denkenden und sozial wirkenden Genossenschaften entwickeln.

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 2. Juni.

Alte Krieger und Polizei.

Am Sonnabend nachmittag wurde der Kaufmann Otto Tietz, in der Zenkerstraße wohnend, beerdigt. Tietz hatte die Feldzüge in Oestreich und Frankreich mitgemacht und sich an zahlreichen Schlachten und Gefechten beteiligen müssen. Er war Mitglied der „Germania, Vereins wirklicher Krieger." Unsern Lesern ist bekannt, welche Kämpfe dieser Verein vor mehreren Jahren mit dem Polizeiinspektor Weydemann hat durchmachen müssen, weil er — nicht Weydemann sondern der Verein — sich einbildete, er könne als Kriegerverein seine volle Meinungsfreiheit behalten. Damals wurde dem Verein das Recht genommen, eine Fahne zu tragen, den verstorbenen Kameraden übers Grab zu schießen und auf dem Heimweg vom Kirchhof mit Musik zu ziehen.

Am Sonnabend sollte nun, dem verstorbenen Kameraden zur Ehrung, die Fahne mit im Trauerzuge geführt werde. Ein Polizist unterfagte das; als aber trotzdem die alten Krieger nicht von ihrem Vorhaben abließen, holte sich der Polizist auf dem Rathause neue Instruktionen. Wie dieselbe seitens des Herrn Weydemann gelautet haben mag, geht daraus hervor, daß der Polizist den Fahnenträger ohne weiteres aus dem Trauerzuge, der inzwischen bis auf den Hallmarkt gelangt war, herausgriff und samt Fahne nach dem Rathause brachte. **Hier wurde dem Verhafteten die Fahne abgenommen,** und er konnte wieder gehen.

Von welchen Gefühlen die alten Krieger erfüllt wurden, braucht nicht geschildert zu werden. Wie unsere Stellung zu den Kriegervereinen ist, wissen unsere Leser. Die Kriegervereine müssen auf die eigne politische Meinung verzichten und wenn sie sich zum Dank dafür noch polizeiliche Daumschrauben ansetzen lassen müssen, so geschieht ihnen nur, was sie verdienen. Vom Standpunkt des Kulturmenschen aus hat niemand einen Anlaß, durch Zugehörigkeit zu besonderen Vereinen das Blutvergießen im Kriege und die andern Greueltaten, die mit jedem Kriege untrennbar verbunden sind, verherrlichen und verewigen zu helfen. Die andern „Krieger" aber, die überhaupt keinen Krieg mitgemacht haben, sondern nur den Pulverdampf des Manöverfeldes kennen und nun als Mitglieder von Kriegervereinen die klassenstaatliche Unordnung aufrecht zu erhalten helfen, denen geschieht erst recht nach Verdienst, wenn sie auch im Zivilleben dem Kasernendrill ausgesetzt bleiben.

Im vorliegenden Falle kommt jedoch noch ein anderes Moment in Betracht; das ist folgendes: Jeder Trauerzug verdient die größte Rücksichtnahme. Freunde und Verwandte sind es, die einen Toten zur ewigen Ruhe geleiten. Sogar gesetzlich genießen die Trauerzüge einen besonderen Schutz. War es nun notwendig, die Gefühle des Trauergefolges am Sonnabend so schroff zu verletzen, wie es durch die Verhaftung des Fahnenträgers aus dem Zuge heraus geschehen ist? Der Verein dürfte die Fahnen nicht führen. — Gut! — Dadurch, daß er das Verbot übertrat — ein Verbot übrigens, das nur in unserem Polizeistaate möglich ist und das in keinem anderen europäischen Staate besteht — hatte er sich strafbar gemacht. Auch gut! — Man konnte die Leiter des Vereins; man konnte den Fahnenträger; es war darum möglich, die Bestrafung der „Schuldigen" herbeizuführen. Warum mußte da die Störung des Trauerzuges durch die Polizei erfolgen?

Wir müssen uns natürlich enthalten, unser Urteil ungeschminkt abzugeben; es ist schließlich auch nicht nötig, weil jeder sich sein Urteil selbst bilden kann; wir fragen aber nochmals: War das nötig, was Herr Weydemann angeordnet hat? Und hätte nicht gerade Herr Weydemann alle Ursache gehabt, in diesem Falle es bei einem nachträglichen Strafmandate bewenden zu lassen, da seine persönlichen Differenzen mit dem Vereine noch in aller Erinnerung sind und seinem Eingreifen leicht eine Deutung gegeben werden kann, die ihm nicht lieb ist?

An sich hätten wir, wenn uns die Achtung vor einem Toten nicht davon abhielte, alle Ursache, uns des Zwischenfalles zu freuen. Denn das ist sicher: Was wir Sozialdemokraten trotz aller Belehrungen nicht fertig brachten, nämlich den Kriegervereinlern zu zeigen, was es mit ihren Vereinen auf sich hat, das hat der Vorfall am Sonnabend bewirkt.

Der Maurerstreik

hat insofern eine andere Wendung genommen, als die Zahl der Streikenden eine Zunahme erfahren hat. Auf den Bauten von Dome, Raigrotzki und Frommann haben insgesamt 24 Maurer heute morgen die Arbeit niedergelegt, weil diese drei Unternehmer nur 48 Pf. pro Stunde bezahlen wollten. Die Aktion der vereinigten Unternehmer ist übrigens glänzend gescheitert. Einheitlich beschlossen sie am vorigen Donnerstag, die schon so lange angekündigte Lohnreduktion durchzuführen und endlich den Maurern zu zeigen, wer eigentlich Herr im Hause sei. Und ganze drei Mann waren so thöricht, den Kampf heraufzubeschwören, der ihnen jedenfalls größere Nachteile, als die Bezahlung des geforderten 50 Pf.-Stundenlohnes bringen wird. Aber so sind nun einmal diese handlanger des Kapitals im Baugewerbe. Sie glauben am besten ihre Interessen zu wahren, wenn sie die Arbeiter knebeln und drücken, und übersehen dabei vollständig, daß sie doch nur die Mittelspersonen zwischen den Hauptfaktoren, den Arbeitern und den Bauherren, sind. Blindlings rennen sie in ihr Verderben und schimpfen über die unzufriedenen Maurergesellen, die sich als Opfer ihrer Schmutzkonkurrenz nicht willenlos abschlachten lassen wollen. Und in der That erfordert es die Aufwendung der ganzen organisatorischen Kraft der Arbeitnehmer im Baugewerbe, um diese endlosen Friedensstörer zur Ruhe zu setzen. Von Jahr zu Jahr hetzt man die Maurer in den Streik hinein und erneuert ständig den Versuch, die Organisation zu töten und ihre Anhänger lahmzulegen. Wann endlich wird man einsehen, daß diese Taktik, den Frieden im Baugewerbe herbeizuführen, eine völlig verkehrte ist?

Leider haben sich auch schon einige Streikbrecher gefunden, die ihr trauriges Gewerbe wieder zu Ehren zu bringen suchen. Bei Bindrich sollen sechs, bei Püchel drei Rausreißer Zeugnis dafür ablegen, daß es noch immer Arbeiter giebt, welche lieber Sklaven als freie Menschen sein wollen. Nun, auch damit werden die Maurer fertig werden; die gesamte Arbeiterschaft versichert sie ihrer ungeteilten Sympathie in ihrem neuesten Abwehrstreik.

Wer nicht hört, muß fühlen.

Trotz unserer wiederholten und eindringlichen Warnung, es solle niemand von einem fremden Buchreisenden, sei wer es sei, sich die Unterschrift unter einen Bücher-Bestellzettel abschwindeln lassen, sind in den letzten Wochen doch Hunderte von hiesigen Einwohnern — meist Frauen — auf die Bestellung frommer Bücher hereingefallen, die ihnen eine süßlichfrömmelnde Betschwester aufgeschwatzt hat. Die Frau muß ein sehr gelöstes Mühlenwerk gehabt haben, denn auf ihre Plapperei sind auch Frauen hereingefallen, die sonst nichts von der Frömmelei wissen wollen. Eins der Bücher heißt Hausaltar und kostet 12 M. Jetzt wo die Bücher pro Postnachnahme von Berlin angekommen sind, weigern sich die meisten, sie einzulösen; zum Teil hat es heftige häusliche Szenen gegeben, und wie gewöhnlich sollen wir in der Redaktion nun helfen, nachdem das Kind in den Brunnen gefallen ist.

Um uns und den Hineingefallenen unnötige Arbeit zu ersparen, sagen wir folgendes: Ist der Bestellschein unterschrieben, so muß das Buch abgenommen werden, mag es 2. 20 oder 200 Mk. kosten. Wer es nicht einlöst, wird verklagt. Und da der „Erfüllungsort" Berlin ist, wie auf dem Bestellschein ausdrücklich steht, so wird die Klage nicht hier in Halle sondern in Berlin anhängig gemacht; auch der Termin findet natürlich in Berlin statt. Zu dem Termine braucht der Verklagte nicht zu erscheinen, da es sich um einen Zivilprozeß, nicht um einen Strafprozeß handelt. Trotzdem erfolgt die Verurteilung des Beklagten, und wenn das Buch, wie der Hausaltar, 12 Mk. kosten sollte, so sind nun schon mit Anwalts- und Gerichtskosten etwa 25 Mk. entstanden. Diese 25 Mk. werden durch den Gerichtsvollzieher eingetrieben. Zunächst von der Frau. Hat diese nichts Pfändbares im Besitz, so muß zwar die Grundforderung — der Preis des Buches — niedergeschlagen werden, aber für die Kosten muß der Ehemann aufkommen, und die Brühe ist dabei stets teurer als das Fleisch, nämlich die Kosten betragen mehr als der Preis des Buches.

So liegt ein für allemal die Sache, und man thut gut, die Redaktion nicht wieder mit derartigen Sachen zu belästigen, wenn man nicht riskieren will, noch eine Grobheit mit auf den Weg zu bekommen. Wenn zehnmal vor einem Schwindel gewarnt worden ist, und es fallen trotzdem noch Leute herein, so geschieht ihnen recht; denn schon ein altes Wort sagt: Wer dumm ist, muß geprügelt werden.

---

* **Verschüttet** wurden in Bitterfeld bei den Kanalisationsarbeiten zwei Arbeiter aus Halle durch herabfallende Erdmassen. Sie waren bald wieder ans Tageslicht befördert und man brachte sie ins Bitterfelder Krankenhaus. Ihre Verletzungen sind nicht gefährlich.

* **Gestorben** sind in der vergangenen Woche in Halle-Nord 18 Personen und zwar an: Magenerweiterung 1, Schwäche 3, Masern 1, Septischen Abort 1, Krebs 1, Lungenentzündung 2, ungenügender Lungenthätigkeit 1, Verkalkung der Herzarterie 1, Emphysem und Geschwulst im Abdomen 1, Altersschwäche 1, Sommerdiarrhoe 1, Mediastinaltumor 1, Gehirnblutung und Lungenentzündung 1, Totgeboren sind 2. Darunter sind 4 in hiesigen Krankenhäusern verstorbene Ortsfremde.

In Halle-Süd verstarben in vergangener Woche 43 Personen und zwar an: Nierenentzündung 1, Rückenmarkschwindsucht 1, Krebs 4, Lungenschwindsucht 5, Hirnhautentzündung 1, Leberschwellung 1, Schußverletzung 1, Carbunkel 1, Rachitis 2, Tabesparalysis 1, Bronchopneumonie 1, Dermatitis 1, Darmverschlingung 1, Schwäche 3, Wolfsrachen 1, Krämpfe 2, Diphtherie 1, Lues 1, Schädelbruch 1, Lungenentzündung 2, unbekannter Todesursache 1, Gelenkrheumatismus 1, Luftröhrenentzündung 1, Scrophulose 1, Brucheinklemmung 1, Gehirnblutung 1, Darmentzündung 1, Ruhr 1, Herzklappenfehler 1, Darmkatarrh 1, dazu Totgeburten 1. Darunter 5 Ortsfremde.

* **Das Appollotheater** hielt gestern seine erste Vorstellung im Garten ab, und wohl über tausend Besucher suchten und fanden in den Abendstunden unter den schattigen Baumen Erquickung nach der tropischen Hitze des Tages. Der geschmackvoll renovierten Bühne wird durch vier große elektrische Bogenlampen reichliches Licht gespendet, und die Akustik ist trotz des Baumbestandes recht gut. Der Spielplan enthält mehrere hervorragende Piecen. Die Soubrette Stephi Berrier erzielte mit ihren Liedern und namentlich mit dem politisch angehauchten „Alles ist nur Komödie auf der Welt" großen Erfolg. Der Konglerin Rothelly arbeitet elegant und sicher; mehrere schwierige Triks sind neu. Das Damenquartett trat leider gestern nicht auf. Herr Reichert zeigt sich zunächst als „Strolch auf dem Rade" und trägt dann mehrere gelungene Kouplets vor. Die Brüder Balzer zeichnen sich als sehr gewandte Trambolin-Akrobaten aus. Wiederholt hervorgerufen wurde das Rheingold Trio, das von früher her noch bei vielen in angenehmer Erinnerung ist. Diesmal ist „in Dietitz" kein „Ding passiert"; wohl aber warten die Herren mit neuen lustigen Gesangsschwänken auf. Ueberaus drollig ist das Auftreten des kleinen Herrn Bregant und des unendlich langen Rossini, der als Sennerin die Liebe des Kleinen gefunden hat. Wenn der Kleine eine Leiter anlegen muß, und auf dieser hinaufklettert, um zum Mundwerk seines Schatzes zu gelangen, so ist das in der That so erschütternd, daß einem die Thränen über die Backen rollen können. — Ungeheure Kraft entwickeln die drei Alfredos; der eine hält, in der Höhe an den Händen hängend, mit den Zähnen einen Strick, an welchem ein Tandem hängt, auf dem drei Radler frei in der Luft eifrig strampeln, und der stärkste trägt dann das Rad samt den Radlern mit hochgestreckten Arme hinaus. Auch diese Nummer weckte kräftigen Beifall.

Nietleben. Auf dem hiesigen Schulzenamte liegt zur Zeit der gedruckte Entwurf eines Ortsstatuts betreffend die Anlegung und Veränderung von Straßen und Plätzen zur unentgeltlichen Aushändigung an die sich etwa interessierenden Ortseinwohner aus. Wir ersuchen unsere Genossen, besonders aus der Baubranche, sich ein solches Exemplar abzuholen. Das Statut enthält tiefeinschneidende Bestimmungen über die Ausführung von Bauten, Anlegung von Straßen usw. Die Gemeindevertretung will durch die Verteilung den Einwohnern Gelegenheit geben, etwaige Bedenken, Abänderungen rc. den Gemeindevertretern zu unterbreiten, damit dieselben bei der späteren dritten Lesung und damit endgiltigen Annahme des Statuts berücksichtigt werden sollen. Deshalb versäume niemand, sich mit den darin enthaltenden Bestimmungen vertraut zu machen.

r. **Merseburg.** Am gestrigen Sonntag fand eine Zusammenkunft der sozialdemokratischen Vertrauensmänner für den Wahlkreis Merseburg-Querfurt statt, die aus allen Teilen des Kreises mit Ausnahme der südwestlichen Ecke besucht war. Es wurde beschlossen, dem am 20. Juli in Querfurt tagenden Kreistage die Wiederaufstellung des Genossen Mittag als Reichstagskandidaten zu empfehlen.

Zeitz. Am Mittwoch abend findet im Schützenhaus ein Konzert unserer Stadtkapelle statt, auf das wir unsere Leser aufmerksam machen. Die Stadtkapelle leistet nur Vorzügliches. Nach dem Konzert wird noch ein Tänzchen veranstaltet für die junge Welt, die sich austummeln will.

Zeitz. Im Anschluß an den Bericht des vierten Bundestages des Arbeiter-Radfahrer-Bundes in Nr. 122 des Volksblattes mach ich die radfahrende Arbeiterschaft darauf aufmerksam, daß auch am Orte ein Verein obigen Bundes besteht. Derselbe hält alle Mittwoch nach dem 1. jeden Monats seine Versammlungen im Restaurant bei Wagner, Voigtstraße, regelmäßig ab.

Der Bund hat im letzten Jahre an 177 verunglückte Mitglieder eine Entschädigung von 3331.50 M. gezahlt, besitzt eine eigene Zeitung (Der Radfahrer), welche den Mitgliedern unentgeltlich geliefert wird, und erhebt einen Beitrag von monatlich 20 Pf.

Alle Arbeiter, die das Radfahren nicht als Sport betreiben, werden gebeten **Mittwoch, den 4. Juni,** abends 8 Uhr, bei Herrn **Wagner,** Voigtstraße, zu erscheinen. n.

b. **Naumburg.** Das Klubzimmer in einem Gasthause kein öffentlicher Schankraum. In Köjen, im Lokal des Gastwirts N., fand ein Polizeibeamter nach 2 Uhr nachts Gäste vor, obwohl die Polizeistunde für das Lokal auf 1 Uhr festgesetzt ist. Er forderte die Leute auf, sich zu entfernen. Der Techniker Soth, der mit ihnen kneipte, erminterte sie dagegen, mit in einen andern Raum zu kommen, wo ein Skatklub tagte, dessen Mitglied Soth ist. Sie sollten sich nun, meinte er, als Gäste des Skatklubs betrachten. Das thaten auch verschiedene von ihnen. — Soth wurde demnächst vom Landgericht Naumburg als der Berufungsinstanz zu einer Geldstrafe verurteilt und zwar auf Grund des § 365 des Strafgesetzbuchs, wonach zu bestrafen ist, wer in einer Schankstube oder an einem öffentlichen Vergnügungsorte über die gebotene Polizeistunde hinaus verweilt, ungeachtet daß der Wirt, sein Vertreter oder ein Polizeibeamter ihn zum Fortgehen aufgefordert hat. Das Landgericht gab der Meinung Ausdruck, daß das Klubzimmer dadurch zu einer Schankstube geworden sei, daß sich die Gäste aus dem Restaurant dorthin verfügt hätten. S. legte beim Kammergericht Revision ein und hatte damit Erfolg. Er wurde mit der Begründung freigesprochen, das Klubzimmer sei, obschon S. andere Gäste des Wirts als Klubgäste in den Raum eingeführt habe, nicht zu einer öffentlichen Schankstube geworden, sondern nach wie vor das Zimmer einer geschlossenen Gesellschaft geblieben, wo die Polizeistunde nicht gilt.

Magdeburg. Einen nochmaligen Versuch zur Einigung unternahmen die Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter, um den Kampf zu vermeiden. In der schon erwähnten Freitagsversammlung beauftragten sie ihre sogen. Siebener-Kommission, mit den Unternehmern noch einmal in Verhandlung zu treten. Werden die Bedingungen der Arbeiter der betreffenden Branchen seitens der Unternehmer acceptiert, dann ist die Siebenerkommission berechtigt, den Lohnvertrag abzuschließen.

Kleine Provinzial-Nachrichten.

In der Nähe von Dehlitz (Kr. Merseburg) wurde die Leiche eines jungen Mädchens, in der man die vermißte Tochter eines pensionierten Gerichtsdieners vermutet, aus der Saale gezogen. — Der Sohn des Kohlenhändlers Möbius in Wittenberg fiel in die Elbe und wurde von der Strömung fortgerissen. Trotz mehrfacher Versuche gelang es nicht, den 7jährigen Knaben vom Tode des Ertrinkens zu retten.

Der Sanden-Prozeß.

Nach Beginn der Verhandlung am Freitag wird nochmals der Bankbeamte Schulz über die Bewertung des Tornayschen Grundstückskomplex vernommen. Es wird alsdann allseitig anerkannt, daß die aufgestellten Berechnungen des Sachverständigen Kommerzienrats Lucas richtig seien. Der Angeklagte Kommerzienrat Eduard Sanden bemerkt auf Befragen des Vorsitzenden, er gebe zu, daß die verschiedenen Banken, mit Ausnahme des Märkischen Immobilienvereins, sämmtlich in einem Hause untergebracht gewesen seien. Die Verwaltungsmitglieder der verschiedenen Banken seien zumeist dieselben gewesen. Die Preußische Hypothekenaktienbank sei in eine Notlage geraten zunächst durch die hohen Beleihungen Anfang der 1870er Jahre, alsdann durch das Herabgehen der Grundstückspreise Ende der 1870er Jahre. Dadurch hätten hoch beliehene Grundstücke in den Subhastationen übernommen werden müssen. Daß die Regierung mit der Geschäftsführung der Preußischen Hypotheken-Aktienbank zufrieden gewesen sei, sei daraus zu ersehen, daß die Regierung sich beim Landwirtschaftsministerium für Aufhebung der Dividendensperre und für Zulassung von Pfandbriefverlosungen verwendet habe. Im Laufe der Jahre sei für viele Millionen Pfandbriefe ausgelost worden. Die Deutsche Grundschuldbank und die anderen Gesellschaften, insbesondere die Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr seien gegründet worden, um der Preußischen Hypothekenaktienbank den Geschäftsverkehr zu erleichtern. Von Strohmännern sei ihm, dem Angeklagten, nichts bekannt; daß der im Jahre 1882 verstorbene Kaufmann Stresemann Strohmann gewesen sei, wisse er nicht. Die Preußische Hypothekenaktienbank habe mit der Firma Anhalt u. Wagner Nachfolger und mit der Firma Petzold u. Ko. einen Kontokorrentverkehr gehabt.

Im Juni 1900 schloß die Bank mit der Preußischen Pfandbriefbank einen Vertrag, wonach letztere ihr unter Verpfändung der Baugrundstücke ein mit 4½ Prozent verzinsliches Darlehen von 1 800 000 Mk. gewähren sollte. Es ergab sich aber, daß ein voreingetragener Gläubiger sich weigerte, die für ihn eingetragenen, erst am 1. Oktober 1907 kündbaren 100 000 Mk. zurückzunehmen. Die Preußische Pfandbriefbank zahlte mit Rücksicht hierauf nur 1 700 000 Mk., beanspruchte indessen die Verzinsung von 1 800 000 Mk. Die voreingetragenen 100 000 Mk. mußten also doppelt verzinst werden.

Auf die Frage des Vorsitzenden, warum die Preußische Hypothekenaktienbank nicht liquidiert habe, erwidert der Angeklagte Kommerzienrat Sanden, er habe immer gehofft, daß sich die Verhältnisse wieder bessern würden. Bestreiten müsse er, daß die Bank bei ihrem Zusammenbruch 56½ Millionen Mark Verlust gehabt habe. Der Vorsitzende hält alsdann dem Angeklagten Eduard Sanden die verschiedenen Geschäfte aus dem Jahre 1900 vor. Am 10. Mai 1900 wurden bei der Märkischen Bank in Breslau ein Lombarddarlehen von 300 000 Mk. unter Verpfändung von 495 000 Mk. 4prozentiger Preußischer Hypotheken-Pfandbriefe zu dem bei der Reichsbank üblichen Lombardzinsfuß (schließlich 6 Prozent) aufgenommen. Ende Juni 1900 soll die Preußische Hypotheken-Aktienbank in einer solchen Geldklemme gewesen sein, daß sie Hypotheken im Gesamtbetrage von 3 942 000 Mk. veräußern mußte.

Der Angeklagte Sanden bemerkt, er sei im Juni und Juli 1900 Sachverständiger bei dem Prozeß gegen die Verwaltung der National-Hypotheken-Kredit-Gesellschaft in Stettin gewesen; er habe daher von den Geschäften, die Direktor Fritsche gemacht hatte, erst später Kenntnis erlangt.

Staatsanwalt Dr. Beck bemerkt, wie das Publikum getäuscht worden sei, gehe daraus hervor, daß das Publikum

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219020603-15/fragment/page=0003

schon 1875 Besorgnisse über die Bonität der Pfandbriefe gehegt habe. Das Kuratorium habe sich deshalb zu einer Erklärung veranlaßt gesehen; er beantrage, diese Erklärung vom 8. Nov. 1875 zu verlesen. Die Verteidiger widersprechen dem. Die Verlesung wird jedoch vom Gerichtshofe beschlossen. In der Erklärung wurde betont, daß die Hypotheken stets innerhalb der von der Regierung vorgeschriebenen Beleihungsmengen lägen und sie sogar in vielen Fällen nicht erreichten, so daß zwischen der Beleihungsfähigkeit der beliehenen Grundstücke und dem Gesamtbetrage der gewährten Darlehen noch eine Differenz von 7 Millionen Mark bestände. Auch habe die Bank von ca. 650 beliehenen Grundstücken bisher kein einziges zu übernehmen gehabt.

Angeklagter Eduard Sanden bemerkt, er habe von dem Bericht des Kuratoriums wohl Kenntnis gehabt, hatte aber keinerlei Einfluß auf den Inhalt desselben. Ueber diesen Punkt beantragen die Verteidiger die Vernehmung sämtlicher Mitglieder des damaligen Kuratoriums. Aus alsdann zur Verlesung gelangenden Bankberichten geht hervor, daß die Bank sich schon im Jahre 1880 in einer Notlage befunden hat. Auf Beiragen giebt Eduard Sanden zu, daß bei Subhastationen oftmals mit Strohmännern operiert worden sei. Es wird alsdann die im Jahre 1886 erfolgte Gründung der Deutschen Grundschuldbank und die der verschiedenen anderen Gesellschaften erörtert.

Der Angeklagte Heinrich Schmidt bemerkt, das Aktienkapital sei nicht erhöht worden, um flüssige Mittel zu erhalten, sondern um in die Lage zu kommen, mehr Pfandbriefe ausgeben zu können. Flüssige Mittel habe die Bank zur Genüge gehabt. Das Aktienkapital der Deutschen Grundschuldbank habe drei Millionen Mark betragen. Die Gesamtsumme der umlaufenden Obligationen dürfte den fünfzehnfachen Betrag des jeweilig bar eingezahlten Aktienkapitals und andererseits den Gesamtbetrag der als Unterpfand dienenden Forderungen nicht übersteigen, und durch das Inkrafttreten des Reichshypothekenbankgesetzes vom 1. Januar 1900 sei die Deutsche Grundschuldbank der Staatsaufsicht unterstellt. Die am 4. März 1901 fertiggestellte Liquidations-Bilanz habe eine Ueberschuldung von 42 761 285 M. ergeben. Die Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr ist mit einem Grundkapital von 1 Mill. Mark gegründet worden, wovon 40 Proz. eingezahlt wurden. Die neue Berliner Baugesellschaft wurde 1893 mit 1 Million Grundkapital gegründet. 772 000 M. waren davon im Besitze der Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekenverkehr und 228 000 M. im Besitze des Angeklagten Otto Sanden.

Montag wird der Prozeß fortgesetzt.

Gerichtssaal.

Strafkammer.

Halle a. S., 31. Mai.

Zum Kapitel „Heiligkeit der Ehe". Als ein Heiratsvermittlungsschwindler stand der 38jährige Agent, frühere Inspektor Franz Zörner von hier, geboren in Wettin, unter Anklage. Er ist dreimal wegen Betrugs u. a. mit 6 Monaten Gefängnis bestraft, und die Anklage lautete deshalb auf Rückfallbetrug. Vor dem Beginn der Verhandlung sandte der Angeklagte ein ärztliches Attest ein, in dem mitgeteilt wurde, daß er krank im Bett liege und deshalb nicht verhandlungsfähig sei. Das Gericht berücksichtigte aber das Attest nicht und ließ den Angeklagten gegen 12 Uhr mittags verhaften und durch Kriminalpolizisten nach dem Gericht führen. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Bolze, machte geltend, daß der Angeklagte nach dem Attest des Dr. Zausch an rheumatischen Kopfschmerzen leide, aber das Gericht hielt den Angeklagten für vorläufig vernehmungsfähig. Zur Last gelegt wurde ihm, in der Jahren 1901 und 1902 durch Annoncen in den Leipziger Neuesten Nachrichten heiratslustige Herren angelockt und denselben unter dem Versprechen, sie gut zu verheiraten, Vorschüsse in Höhe von 10 bis 60 Mk. abgenommen zu haben, obwohl er gar nicht in der Lage war, heiratslustige Damen zu vermitteln. Ferner hat er mehreren Personen unter der Vorspiegelung, er habe Hypotheken zu verleihen, Gebühren insgesamt von etwa 250 Mk. abgenommen. Besonders abgesehen hat er es bei den Heiratsvermittelungen auf die Tochter des Maurermeisters Föhre in Brehna, die er als eine wohlhabende Brauereibesitzerstochter, „kräftige Figur", mit 24000 Mk. Vermögen ausbot. Die Mutter der Dame hatte aber seine Vermittelung bei dem ersten Angebot schlankweg abgelehnt. Gleichwohl hatte Z. immer auf die vermögende Dame hingewiesen, aber den heiratslustigen Herrn, den Namen derselben nicht genannt. Als ihm einmal auf den Leib gerückt wurde, die Dame unbedingt bekannt zu geben, erklärte er seinen Bewerbern, daß Fräulein sei sein Mündel, und er verwalte das Geld derselben. Heute erklärte nun der Angeklagte, die Dame, die ihm angeboten habe, sein Geld zu verwalten und die ihn auch ersucht habe, für sie die Heirat zu vermitteln, stamme aus Krensien, wohne in Landau und heiße Martha Kühne. Man möge nur die Ladung anordnen und die Verhandlung vertagen. Es solle ihm gleich die Zunge verfaulen, wenn er den heiratslustigen Männern auch nur ein falsches Wort vorgeredet hätte. Jene Herren genierten sich jetzt blos, offen Farbe zu bekennen. Teils hätten den Herren die empfohlenen Damen nicht konveniert; für jeden „Kakelmann" habe er aber nicht in der Welt herumreisen und die Richtige finden können. Auf den Vorhalt, daß der Angeklagte Photographien von einer Dame, die weit davon entfernt war, ja vermitteln zu lassen, an Herren geschickt und diese Bilder als die Photographie der angeblichen Brauereibesitzers-Tochter bezeichnet habe, erklärte der Angeklagte, daß jene Photographie viel Aehnlichkeit mit der Maurermeisters-Tochter gehabt hätte. Er habe die Bilder von einem Photographen erhalten.

Die Verhandlung gestaltete sich sehr umfangreich und dauerte bis 1/25 Uhr nachmittags, da 15 Zeugen geladen waren. Dem Friseur Kölling in Weimar nahm Z. 20 Mk. ab; dann ließ er demselben einen Revers unterschreiben, wonach der Angeklagte, falls die Verheiratung zu stande komme, 500 Mark erhalte. Seitens des Verteidigers vom Angeklagten wurde aber darauf hingewiesen, daß Heiratsvermittelungs-Gebühren 2c. nicht eingeklagt werden können. Dem Dekorationsmaler Schlüter aus Grimma nahm er 60 Mk. ab, und weiter sind durch seine Vermittelung mehrere dem Handwerkerstande angehörende Personen benachteiligt worden. Einem Heiratslustigen hatte er den bekannten Spruch gesandt: „Wer nichts erheiratet und nichts erwirbt, der bleibt ein armes Luder, bis er stirbt." Bezüglich der Hypotheken-Vermittelungen erklärte der Angeklagte im Gegensatz zu den gegen ihn auftretenden Zeugen, daß er wohl Geldleute an der Hand gehabt habe; manchen von den Verleihern hätte aber die Sicherheit nicht gepaßt, worauf sie Geld hergeben sollten. Er könne darüber den Beweis erbringen und bitte die Verhandlung zu vertagen. Der Staatsanwalt ist der Ansicht, daß es Agenten giebt, welche die Heirats-Vermittelung auf reelle Weise betreiben. Der Angeklagte gehöre nicht zu denjenigen und habe dabei verschiedenen Leuten insgesamt etwa 220 Mk. abgenommen. Es sei eine Gesamt-Zuchthausstrafe von zwei Jahren nebst zwei Jahren Ehrverlust und 300 Mk. Geldstrafe zu beantragen. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten wegen Betrugs in sechs Fällen, begangen durch die Hypotheken-Vermittelungen zu neun Monaten Gefängnis und vertagte die auf Heirats-Vermittelungen gerichteten Betrugsfälle. Es sollen noch weitere Zeugen geladen werden.

Gegen das Fortpolizeigesetz vergangen hatte sich der 29jährige Schmied Paul Scholitsek aus Schkeuditz. Er hatte aus dem Garten des Fabrikbesitzers Enke in Schkeuditz frischgepflanzte Obstbäume entwendet und wurde deshalb zu 1 Monat Gefängnis verurteilt.

Wegen Hausfriedensbruchs und Widerstandes in je zwei Fällen war der 27jährige Arbeiter Gottlieb Malgut von hier vom Schöffengericht zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt worden, wogegen er Berufung eingelegt hatte. Am Abend des 24. November kam es im Wartesaal 3. und 4. Klasse zwischen einem Soldaten und dem Angeklagten zum Streit, bei dem der Soldat blank zog. Der Angeklagte hatte den Streit begonnen, er vergriff sich nachher an den Portiers und leistete Widerstand. Die Berufung wurde verworfen.

Aus dem Reiche.

Trebbin. Der Pastor Disselhof geisteskrank? Das Treiben des ehemaligen Pastors Disselhof ließ Zweifel an der geistigen Gesundheit des Mannes aufkommen. Die Verrichtungen, die der Untersuchungsrichter Landrichter Reuter in Trebbin und die Ermittelungen, die die hiesige Kriminalpolizei in den Lokalen, in denen Disselhof hier zu verkehren pflegte, anstellte, haben Dinge zu Tage gefördert, die diese Zweifel noch bestätigen. Daher ist der Verhaftete vom Untersuchungsgefängnis nach der Charitee überführt worden, um auf seinen Geisteszustand beobachtet zu werden.

Vermischtes.

* **Bestrafte Mädchenhändler.** Das Pariser Gericht verurteilte zwei Personen, die in Europa junge Mädchen unter Vorspiegelung falscher Thatsachen bewogen hatten, sich nach Südafrika einzuschiffen, zu 15 bezw. 10 Monaten Gefängnis. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß diese Mädchen für die Armee Kitcheners bestimmt waren.

* **Attentat in einer Redaktion.** Ein angeblich aus Rußland zugereistes junges Mädchen gab in der Redaktion des Lemberger Slowo Polski auf den Mitarbeiter des Blattes, Libanski, einen Revolverschuß ab, der aber nur den Rock desselben durchlöcherte. Man glaubt, daß das Mädchen wahnsinnig ist.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 2. Juni. Der wegen der bekannten Betrügereien verhaftete Pastor Disselhoff ist in der Berliner Charitee, wohin er wegen eines Leberleidens gebracht worden war, gestorben.

Kattowitz, 2. Juni. In der katholischen Kirche zu Laurahütte entzündete sich in der Vorhalle eine Guirlande im Haupteingang. Es brach infolgedessen eine Panik unter den Kirchenbesuchern aus, infolgedessen beim Hinausdrängen zahlreiche Frauen stürzten. Eine Frau wurde dabei getötet, 15 Personen wurden mehr oder weniger verletzt. Das an sich unbedeutende Feuer wurde schnell gelöscht. Während der Panik trugen sich zahlreiche Taschendiebstähle zu, so daß an eine planmäßige Anstiftung des Brandes gedacht wird. Ermittelungen sind im Gange.

London, 2. Juni. Die Verhandlungen mit den Delegierten sind erledigt und das Document mit den Uebergabebedingungen ist heute abend von sämtlichen Delegierten sowie von Milner und Kitchener **unterzeichnet** worden."

London, 2. Juni. Kein Blatt veröffentlicht den Wortlaut der Friedensbedingungen. Es wird nur ein amtliches Kommunique mitgeteilt, die Regierung hoffe, die notwendigen Documente über den Friedensschluß früh genug zu erhalten, um heute im Unterhaus eine offizielle Erklärung abgeben zu können. Diese Erklärung wird von einer Feierlichkeit begleitet sein, wie sie den letzten Generationen nie mehr erinnerlich sei.

Briefkasten der Redaktion.

James. Wir werden Ihnen wohl am besten gerecht, wenn wir den Wortlaut Ihrer Karte veröffentlichen. Sie schreiben:

Babel — Bibel — Bebel —

Von zwei Weltanschauungen christlich — naturalistisch, darf nur noch geredet werden.

Nun gut! Christlich sind bestehende Verhältnisse — welche Sie bekämpfen — naturalistisch! sind Zustände welche Sie auch bekämpfen.

Natürlich ist die Unterordnung nicht die Nebenordnung wie Natur beweist!!

Was wollen **Sie!**

Die Einfalt liegt hier bei den modernen Propheten, letztere Ihnen zum Trost waren immer Menschen.

Hochachtend James.

Vielleicht enträtselt einer unserer Leser, was Sie wollen. Wir sind zu schwach dazu.

N. S. L. 100. Aufnahme erfolgt; nur über einige Punkte macht sich nochmalige Erkundigung nötig.

H. Es ist nötig, wenn möglich von 12—1 Uhr an einem der nächsten Tage.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle (Süd, Steinweg 2), den 31. Mai.

Aufgeboten: Klempner Heinecke und Klara Buchmann (Parstr. 3 und Germarstr. 2). Postverwalter Lorenz u. Pauline Scholl (Burrdorf und Eilenburg). Kaufmann Artus und Minna Siebecke (Merseburg und Köchstedt).

Eheschließungen: Schneider Hornig und Hedwig Eckhardt (Gr. Brauhausstr. 13 und Spitze 16). Bauarbeiter Noack und Minna Hertel (Langestr. 29). Kellner Exner und Klara Probst (Kl. Klausstr. 10). Kaufmann Lange und Frida Packbusch (Blücherstr. 7). Schlosser Hübner und Selma Kirsten (Rothenburg a. S. und Merseburgerstr. 20). Former Bartsch und Katharina Kolbeck (Kl. Klausstr. 4 und Gr. Klausstr. 28). Bauschlosser Dehne und Emma Fischer (Streiberstr. 19 und 20). Bildhauer Riemer und Beate Hoffmann (Nordhausen u. Grafeweg 1).

Verantwortlicher Redakteur: **A. Weißmann** in Halle.

Verband der Bau-, Erd- u. gewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands. Zahlstelle Halle a. S.

Dienstag den 3. Juni abends 8½ Uhr im „Englischen Hof" Großer Berlin 14

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Die Anträge zum Gewerkschaftskongreß in Frankfurt a. M. 2. Verbandsangelegenheiten.

Pflicht jeden Mitgliedes ist es, zu erscheinen.

Der Bevollmächtigte.

Zoologischer Garten Halle.

Entree 50 Pf. Kinder 30 Pf.

Hagenbecks Malabaren.

Besondere Vorstellungen nachmittags 3½ und 5½ Uhr.

Abends von 7 Uhr an **Konzert.**

Bei Anbruch der Dunkelheit indische Nacht.

Zwischen 9 und 10 Uhr gr. Gala-Vorstellung der Malabaren bei bengalischer Beleuchtung.

Dienstag den 3. Juni Letzter Tag. Abschieds-Vorstellung der Malabaren.

Nachmittags 3½, 5½ und 7½ Uhr.

Erwachsene 50 Pf. Kinder 30 Pf.

Von 7 Uhr abends Erwachsene 40 Pf., Kinder 20 Kinder.

Heute Dienstag **Schlachte-Fest. Robert Raum,** Triftstr. 40.

Dienstag **Schlachte-Fest. Rob. Herfurth,** Bismarckstr. 11, Zeitz.

Dauerhafte **Waschgefäße** empfiehlt billigst **K. Katsch,** Albrechtstr. 23.

Apollo-Theater

Direktion: **Gustav Poller** am Riebeckplatz, nächste Nähe des Haupt-Bahnhofes. In den elektrisch beleuchteten und illuminierten Gartenanlagen täglich abends 8 Uhr: **Gr. Konzert und Vorstellung.**

Neu engagiertes Künstlerpersonal: **Bregant und Rossini,** genannt „1 mtr. und 2 mtr.", urkomische Excentriks-Szene: „Ein Rendezvous bei der Sennerin". **Rheingold-Trio,** das beste humoristische Herrenterzett. **3 Alfredos.** Kraft-Gladiatoren. **Brothers Balzer,** Trambolin-Akrobaten. **Richard Reichert.** Humorist mit feiner komischen Szene: Der Lump auf dem Rade. **A. Rothelly,** Gentleman-Jongleur. **Stephanie Verrier.** Kostüm-Soubrette.

Anfang 8 Uhr. Ende geg. 11 Uhr.

Inserate fürs Volksblatt

nimmt an

Wilhelm Otto Teuchern.

Achtung, Roßfleisch!

In meiner Roßschlächterei von heute ab stets **warmer Sauerbraten** und **Beefsteaks.** Achtungsvoll

Viktor Thurm,

Halle-Trotha, Trotharerstraße 64.

Braunes Handtäschchen,

Portemonnaie enthaltend, auf Roßplatz, in Akt. Brauerei od. Wuchererstraße gestern abend verloren. Gegen Belohnung abzugeben **Uhlandstr. 11, III r.**

Osborgs Bellevue, Lindenstraße.

Morgen Dienstag abends großes Frei-Konzert.

Die **Abend-Konzerte** finden bei gutem Wetter regelmäßig Dienstags und Freitags, die beliebten **Familien-Konzerte** Mittwoch nachmittags statt.

Schützenhaus Zeitz.

Mittwoch den 4. Juni

I. Abonnements-Konzert

von der **gesamten Stadtkapelle.**

Anfang 8 Uhr. Eintritt an der Kasse 40 Pf.

Nach dem Konzert **Tänzchen.**

Stoff-Reste

zu Anzügen, Hosen, Damenkleidern passend, mehrere 1000 Meter Reste in allen Farben spottbillig.

Halle a. S. H. Elkan. Leipzigerstr. 87.

Kaufhaus I. Ranges.

Bade-Anstalt Prießnitz

Körnerstr. 12, H.-Giebichenstein.

Geöffnet nachm. 2—8 Uhr, an Vormittagen nach vorhergehender Bestellung ohne Preiserhöhung. Sämtl. Bäder und Massagen werden von uns persönlich verabreicht.

Anna Goldammer
Emil Goldammer

Naturheilkundige.

25000—30000 Mark

sind mündelsicher zum 1. Oktober ds. Jahres auszuleihen.

Offerten werden unter **A. B. 10** postlagernd Weißenfels erbeten.

Schlips-Nadel

(Bild Liebknechts)

Preis 15 Pf. Preis 15 Pf.

Volksbuchhandlung.

Freundl. möbl. Zimmer als Schlafstelle zu vermiet. Wilhelmstr. 48, II.

Postkarten

von Halle und Umgegend 12 verschiedene neue Ansichten.

Grossartige Ausführung.

Zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung,

Geiststraße 21.

Todes-Anzeige.

Montag früh ½7 Uhr verschied nach längerem schweren Leiden unsere geliebte, treusorgende Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau verwitw. Henriette Röschel

geb. **Taatz.**

Dies zeigen hiermit an

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung findet Mittwoch nachm. 4 Uhr von der Leichenhalle des Nordfriedhofes aus statt.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190206 03-15/fragment/page=0004